

Stellungnahme des Freiheitlichen Familienverbandes
Begutachtung „Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst“

**Bundesbüro**

Blindengasse 6

1080 Wien

Tel.: +43-1-405 78 32 DW 0

Fax: +43-1-402 93 12

E-Mail: office@ffv.at

Internet: www.ffv.at

An das
Bundeskanzleramt – Sektion III

E-Mail: iii2@bka.gv.atE-Mail: begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Wien, am 25. September 2013

**Betreff: Begutachtung zum Entwurf der Dienstrechts-Novelle 2013 –
Pädagogischer Dienst – Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Unter Bezugnahme auf das „Begutachtungsverfahren“ zum Entwurf eines „Bundesgesetzes, mit dem das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Landesvertragslehrpersonengesetz 1966, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Landesvertragslehrpersonengesetz geändert werden und das Unterrichtspraktikumsgesetz aufgehoben wird (Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst) gibt der Freiheitliche Familienverband Österreichs in offener Frist (25. September 2013) folgende Stellungnahme ab:

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Gerfried Nachtmann
Obmann des Freiheitlichen Familienverbandes Österreich

Stellungnahme des Freiheitlichen Familienverbandes zum Entwurf der Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst

Der Freiheitliche Familienverband Österreichs übermittelt die folgende Stellungnahme:

Der Freiheitliche Familienverband macht darauf aufmerksam, dass der vorliegende Entwurf vom Prinzip einer einheitlichen Arbeitszeit im öffentlichen Dienst grob abweicht.

Bisher wurde die mit einer Unterrichtsstunde in verschiedenen Fächern verbundene unterschiedliche zeitliche Belastung dadurch ausgeglichen, dass die Fächer verschieden bewertet wurden und für eine volle Lehrverpflichtung 20 sog. Werteinheiten erforderlich sind, was z.B. für die Fächer Deutsch und Fremdsprachen 17 Wochenstunden, für Musik oder Sport 22 Wochenstunden erfordert. Somit wird derzeit näherungsweise für Lehrer aller Fächer eine gleiche Jahresarbeitszeit entsprechend der generellen Arbeitszeit im öffentlichen Dienst (38 Wochenstunden) erreicht.

Mit der Abschaffung der Werteinheiten und der einheitlichen Unterrichtsverpflichtung für alle Fächer im Umfang von 22 Wochenstunden werden daher unterschiedliche tatsächliche Wochenarbeitszeiten für die verschiedenen Fächer festgelegt, was aus prinzipiellen Gründen entschieden abzulehnen ist.

Konkret hätte die Dienstrechtsnovelle zur Folge, dass Lehrer der Fächer Deutsch und Fremdsprachen statt bisher 17 in Zukunft 22 Wochenstunden für eine volle Lehrverpflichtung unterrichten müssten. Damit würde sich ihre Arbeitszeit um 30% erhöhen, was eine Regelarbeitszeit von 50 Stunden/Woche bedeuten würde.

Eine solche Normalarbeitszeit ist grundsätzlich abzulehnen, insbesondere in einer Zeit, in der man sich um eine Verringerung von Überstunden bemüht, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Dazu kommt noch dass die geplante Arbeitszeitregelung (eine lebenslange 50 Stundenwoche) voraussichtlich auf zukünftige Bewerber für das Lehramt ab-



schreckend wirken muss und die Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs gerade für die Kernfächer fast unmöglich machen wird.

Schließlich ist eine Regelarbeitszeit von 50 Stunden auch äußerst familien- und frauenfeindlich, da eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter diesen Umständen kaum mehr möglich ist.

Aus den genannten Gründen lehnt der Freiheitliche Familienverband Österreichs den vorliegenden Entwurf entschieden ab und fordert die Beibehaltung einer einheitlichen Arbeitszeit für alle Lehrer.